

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin, Petitionsausschuss, 10111 Berlin

openPetition gGmbH
Herrn Jörg Mitzlaff
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325 -	Telefax (030) 2325 -	Datum
6603/18	Frau Broll	A 002	1472	1478	73 .02.2021 / Br

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

die Mitglieder des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin haben Ihre Eingabe vom 20. Januar 2021 beraten. Die Sammelpetition wurde im Zeitraum 06.06.2020 bis 10.08.2020 von 299 Unterstützenden auf der Online-Plattform openPetition unterschrieben und beinhaltete die Forderung nach tragfähigen Lösungen für den Schulunterricht in Berlin in Zeiten der Corona-Pandemie – möglichst schnell und spätestens für die Zeit nach den Sommerferien. In dem Zusammenhang wurde ein 7-Punkte-Maßnahmenkatalog unterbreitet.

Vor dem Hintergrund, dass seit der Unterzeichnung der Sammelpetition bereits geraume Zeit vergangen ist, sehen wir davon ab, auf den Forderungskatalog im Einzelnen einzugehen. Wir wollen Ihnen aber gerne folgende grundsätzliche Hinweise geben:

In der Öffentlichkeit wird seit Anbeginn der Pandemie breit darüber diskutiert, in welcher Form Schulunterricht stattfinden kann und soll. Geprägt wurde diese Diskussion lange davon, dass es zwar eine Vielzahl an Studien zum Infektionsgeschehen in Schulen gab, diese jedoch nicht eindeutig in eine Richtung wiesen. Dies bedeutete, dass die wissenschaftlichen Daten zum Infektionsgeschehen bei Kindern und Jugendlichen und zur Ansteckungsgefahr innerhalb der Schulen kaum verlässliche Entscheidungsgrundlage darstellten. Zu berücksichtigen war und ist aber auch stets der Aspekt der Bildungsgerechtigkeit, der entscheidend dazu beigetragen hat, dass sich zahlreiche Bildungspolitiker sowie Kinder- und Jugendärzte für ein möglichst weitgehendes Offenhalten der Schulen aussprechen.

Vor diesem Hintergrund erklären sich die zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten nach aktueller Infektionslage jeweils neu ausgehandelten Verständigungen bezogen auf den Bildungsbereich, denen das ernsthafte Bemühen um die verfassungsrechtlich gebotene Abwägung aller betroffenen Rechtsgüter zugrunde liegt und deren konkrete Umset-

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)

U-Bahnhof Potsdamer Platz Kochstraße	S-Bahnhof Anhalter Bhf. Potsdamer Platz	DB-Bahnhof Potsdamer Platz	Bus M 29, M 41, M 48, M 85, 200
--	---	-------------------------------	---------------------------------------

Interne Telefonnummer: 99407 -

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>
E-Mail: petmail@parlament-berlin.de

zung aufgrund der föderalen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland wiederum den Ländern obliegt.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat in Berlin in Abstimmung mit Expertinnen und Experten aus Medizin, Wissenschaft und Schule auf der Grundlage der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung vielfältige Schutz- und Hygienemaßnahmen für den Bereich Schule entwickelt. In dem eigens hierfür gegründeten Hygienebeirat wurde ein Corona-Stufenplan für die Berliner Schulen verabschiedet, der abhängig vom schulischen Infektionsgeschehen und dem Infektionsgeschehen im jeweiligen Schulbezirk bzw. in Berlin einzuleitende Maßnahmen vorgibt. Diese betreffen die Durchführung des Regelbetriebs sowie Vorgaben zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, zum Mindestabstand und zur Einhaltung fester Gruppen.

Die aktuell jeweils geltenden Corona-Schutzmaßnahmen sowie weitere Informationen zum Stufenplan sind der Homepage der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unter folgendem Link zu entnehmen:

<https://www.berlin.de/sen/bjf/corona/schule/>

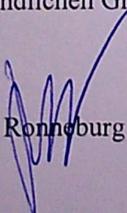
Hierbei gilt jedoch wie in anderen Bereichen auch, dass die Schutzmaßnahmen jeweils den aktuellen Erkenntnissen über die Ausbreitung des Virus anzupassen sind. Dass die Entscheidungen im Zusammenhang mit einem angemessenen Infektionsschutz von Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften auf einem gewissenhaften Ringen um die beste Lösung beruhen, können Sie auch daran erkennen, dass sich das Abgeordnetenhaus von Berlin wiederholt und intensiv mit der Aufrechterhaltung des Schulbetriebes in Zeiten von Corona befasst hat, so z. B. der Hauptausschuss in einer über vierstündigen Anhörung am 11. November 2020. Das 70-seitige Wortprotokoll, das Einblick in die dem Abwägungsprozess zugrunde liegenden Aspekte gibt, können Sie unter folgendem Link abrufen:

<https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/protokoll/h18-082-wp.pdf>

Wie Sie möglicherweise der Presseberichterstattung entnommen haben, hat inzwischen auch eine Kommission von mehr als 30 Fachgesellschaften Vorschläge unterbreitet, um den Schulunterricht in der Pandemie sicherer zu gestalten. Hierbei handelt es sich um ein umfangreiches Maßnahmenpaket von Kohortenbildung, über Quarantänemaßnahmen bis hin zu Lüftungsempfehlungen, das weiter zu diskutieren sein wird.

Wir hoffen, allen Unterstützenden der Sammelpetition mit diesen Ausführungen deutlich gemacht zu haben, dass die Entscheidungen über den Schulbetrieb in Pandemiezeiten einem steten Abwägungsprozess unterliegen, der von der Politik außerordentlich ernst genommen und von der Öffentlichkeit kritisch begleitet wird. Vor diesem Hintergrund sehen wir für uns als Petitionsausschuss hier keinen eigenen Handlungsbedarf. Die Bearbeitung Ihrer Eingabe haben wir mit diesem Schreiben abgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen


Kristian Ronneburg